



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz TIntG)

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 02.07.2021

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Neufassung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes ist ein Meilenstein oder man könnte auch sagen der krönende Abschluss der Integrationspolitik der NRW-Koalition aus FDP und CDU in dieser Legislaturperiode. Der Gesetzentwurf steht in der Tradition von Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland. Mit ihm wollen wir die Integration noch verbindlicher und verlässlicher gestalten.

Diese Ziele haben wir von Anfang an vorgegeben. So haben wir mit dem Antrag zur Integrationsstrategie 2030 im Frühjahr 2018 die Landesregierung beauftragt, einen Beirat einzurichten, der die Akteure der Zivilgesellschaft sowie staatliche Stellen einbezieht und gemeinsam mit der Landesregierung eine Integrationsstrategie für Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Der Landesbeirat für Integration hat dies in der Folge auch geleistet und so Impulse für die Neuausrichtung der Integrationspolitik des Landes gegeben.

Wichtige Initiativen der letzten Jahre waren zum Beispiel das Programm „Gemeinsam klappt`s“ in Verbindung mit der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ für junge Geflüchtete zwischen 18 und 27 Jahre, die Ausweitung des Förderprogramms Südosteuropa, die neue Initiative zur interkulturellen Öffnung der Altenpflege, der Ausbau der Integrationsagenturen und der Servicestellen Antidiskriminierungsarbeit sowie vor allem das Kommunale Integrationsmanagement. Diese Entwicklungen in der Integrationspolitik gilt es auch im Teilhabe- und Integrationsgesetz abzubilden.

Anrede,

das 2020 gestartete Förderprogramm Kommunales Integrationsmanagement ist ein zentraler Baustein der Integrationspolitik des Landes. Damit unterstützen wir alle Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung einer Strategie und von effizienten Strukturen. Mit der Förderung zusätzlicher Personalstellen schaffen wir ein rechtskreisübergreifendes Fallmanagement. So können wir eine individuelle Betreuung aller Geflüchteten und anderen Eingewanderten erreichen.

Zudem wollen wir die Kommunen bei der Umsetzung der bestehenden Bleiberechte für gut integrierte Menschen und bei der Förderung der Einbürgerung unterstützen. Das Kommunale Integrationsmanagement ist auf Dauer angelegt und wird mit der Neufassung des Gesetzes rechtlich verankert und finanziell abgesichert. So wird im Gesetz eine Mindestsumme für die Landesförderung integrationspolitischer Strukturen in Höhe von 130 Mio. Euro aufgenommen.

Anrede,

Integration ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Menschen in unserem Land. Deswegen ist die Vernetzung integrationspolitischer Akteure so wichtig. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten soll im Gesetz stärker hervorgehoben werden. Dazu zählt neben der Förderung der freien Träger auch eine Fortentwicklung der Kommunalen Integrationszentren. Sie unterstützen die Kommunen, die Bildungseinrichtungen und die ehrenamtlichen Flüchtlings- und Integrationshelfer bei ihrer Arbeit.

Diese Rolle wollen wir stärken und gleichzeitig die Begleitung der Kommunalen Integrationszentren durch das Land neu ausrichten.

Unsere Neuausrichtung der Integrationspolitik zeigt sich aber auch in den Formulierungen. So sprechen wir jetzt von Menschen mit Einwanderungsgeschichte als positiv besetzten Begriff. Wir definieren den Integrationsprozess als Ankommen, Teilhaben und Gestalten. Ebenso wollen wir die interkulturelle Kompetenz stärken. Für uns bedeutet Antidiskriminierungsarbeit Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit und weiteren Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung entgegen zu treten.

Die Landesregierung hat uns einen guten Aufschlag vorgelegt. Ich würde mir wünschen, dass wir in der Tradition des integrationspolitischen Konsenses in den Ausschussberatungen zu einem noch besseren Ergebnis kommen.

Vielen Dank!